

öffentlich

nichtöffentl.

Datum

Drucksachen Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

01.09.2015

77/2015

Beratungsfolge	Termin	Beratungsergebnis				Bemerkungen
		Ein	Für	Geg	Ent	
Stadtrat	17.09.2015					

Betreff:

Beitritt zum Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Gera wird Mitglied im Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die notwendigen Schritte dazu einzuleiten und sicherzustellen, dass sich die Stadt Gera aktiv in die Arbeit des Aktionsbündnisses einbringt.

Eine aktuelle Berichterstattung zu Aktivitäten des Bündnisses ist im Hauptausschuss vorzunehmen.

Andreas Schubert
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Gera

Sachdarstellung:

1. Problem und Regelungsbedürfnis:

Nachdem auch die Stadt Gera trotz harter und andauernder eigener Sparmaßnahmen alleine mit den kommunalen Steuerungsmöglichkeiten keinen Weg aus der Schuldenkrise finden kann, muss im Verbund mit Städten und Landkreisen in vergleichbarer Lage die Verantwortung der Bundesregierung für eine Lösung der sich zuspitzenden kommunalen Finanzlage eingefordert werden. Nur ein gemeinsamer und parteiübergreifender Protest aus den Kommunen kann nach jahrelangen ergebnislosen Verhandlungen die Verantwortlichen dazu motivieren, endlich eine gerechtere Kommunalfinanzierung auf den Weg zu bringen. Die Stadt Gera braucht eine solche Neuregelung der Finanzbeziehungen, weil die Entwicklung der letzten Jahre belegt, dass aus eigener Kraft das Schuldenproblem nicht zu lösen ist, da sich die Schieflage der kommunalen Finanzen trotz Haushaltskonsolidierung mit Steuererhöhungen und Leistungskürzungen immer weiter verschärft.

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Kommunen vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger.

Zu den Gründungskommunen gehören u.a. die Städte Mülheim a.d. Ruhr, Bochum, Dortmund, Essen, Hagen, Oberhausen und Wuppertal. Inzwischen beteiligen sich an dem Aktionsbündnis Städte und Landkreise aus 7 Bundesländern, darunter auch eine ganze Reihe ostdeutscher:

Bottrop, Duisburg, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hamm, Herne, Leverkusen, Mönchengladbach, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten; Brandenburg a. d. H., Cuxhaven, Cottbus, Frankenthal, Hattingen, Kaiserslautern, Koblenz, Krefeld, Lahnstein, Ludwigshafen a. R., Lünen, Mainz, Mayen, Mörfelden-Walldorf, Neuwied, Neustadt / Weinstraße, Pirmasens, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Sprockhövel, Trier, Wismar, Worms, Zweibrücken sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis, Unna und Wesel.

Das Aktionsbündnis fordert im Einzelnen:

- Plenardebatten in Bundestag, Bundesrat und den Landesparlamenten zur Wiederherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Kommunen,
- eine Neuordnung der Soziallastenfinanzierung und eine Strategie zur Stärkung der kommunalen Investitions- und Instandhaltungsfinanzierung,
- einen Rettungsschirm zum Abbau der größten, weitgehend von Bund und Ländern verursachten kommunalen Altschulden, und strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Länder - nach dem Motto: Wer bestellt, bezahlt - und zwar auch für die Folgen früherer Gesetze.
- die Bundesländer ausdrücklich auf, die Sorgen der verschuldeten Kommunen mehr als bisher zu berücksichtigen und möglichst bald Lösungsvorschläge unter Beteiligung der Kommunen vorzulegen. Das gilt insbesondere bei den anstehenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Neuordnung der Finanzbeziehungen.

Im Ergebnis des parteiübergreifenden Protest von über 50 Oberbürgermeistern im Februar 2015 vor dem Bundestag wird es am 24. September 2015 die von den

Bundestagsfraktionen zugesagte Plenardebatte zur nicht mehr gegebenen Gleichheit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihr Gestaltungsfähigkeit kämpfenden finanzschwachen Kommunen stattfinden. An diesem Tag plant das Bündnis erneut einen für die Bundespolitik beeindruckenden gemeinsamen, parteiübergreifenden und engagierten Auftritt, den auch Gera unterstützen sollte. Zudem ist am Tag der Plenardebatte eine weitere Kommunalkonferenz des Bündnisses in Berlin geplant. Diese Zusammenkunft soll erneut mit einem Treffen mit den Wahlkreisabgeordneten aller das Bündnis unterstützenden Kommunen verbunden sein.

2. Lösung:

Der Stadtrat beschließt den Beitritt zum Aktionsbündnis und die Beteiligung der Stadt Gera an den Aktivitäten, um im Verbund mit anderen Kommunen endlich eine Lösung der kommunalen Finanzkrise zu erreichen.

3. Alternativen:

Keine, da die bisherigen Bemühungen um eine gerechtere Kommunalfinanzierung keine substanziellen Fortschritte brachten. Falls Städte in finanzieller Schieflage wie Gera nicht mehr in der Lage sind, ihre für die Bürger wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, droht ein hohes Risiko für die Demokratie.

4. Finanzielle Auswirkungen / Auswirkungen auf das Haushaltssicherungskonzept 2013 – 2023 der Stadt Gera

4.1 Finanzielle Auswirkungen

Geringe Sachaufwendungen, wenn z.B. die Oberbürgermeisterin an Bündnisaktionen teilnimmt.

Grundsätzliche Entlastung des städtischen Haushalts im Millionenbereich, bei Erfolg des Aktionsbündnisses.

4.2 Auswirkungen auf das Haushaltssicherungskonzept 2013 – 2023 der Stadt Gera

Ja (Anm.: Falls ja, sind diese darzulegen. Dies erfolgt in Abstimmung mit Referat Haushaltssicherung/-konsolidierung)

nein

5. Zuständiges Beschlussgremium

Zuständiges Beschlussgremium ist der Stadtrat, da es sich um keine laufende Angelegenheit im Sinne des §29, Abs.2, Ziffer 1 ThürKO handelt und nach der Geschäftsordnung kein Ausschuss zuständig ist.